



Bürgerbewegung Für Morsbach
- Die Fraktion -
Solseifen 1
51597 Morsbach
Tel. (02294) 18 65

An den Rat der Gemeinde Morsbach
Herrn Bürgermeister Bukowski
Rathaus
51579 Morsbach

Morsbach, 17.02.2010

Resolutionsantrag zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

im Mai 2007 wurde das Leitbild der Gemeinde Morsbach vom Gemeinderat verabschiedet. Mit diesem Beschluss sollten sowohl eine Vision für die Zukunft unserer Gemeinde, als auch Strategien zum Erreichen der Ziele festgeschrieben werden. Dieses Leitbild können wir zukünftig vielfach nur noch mit guten Worten begleiten, weil uns die finanzielle Kraft für die Umsetzung von konkreten Maßnahmen fehlt.

In Krisenzeiten werden zusätzlich zu Steuereinbrüchen in Morsbach (s. Gewerbesteuer) die Umlagen (Zahlungsforderungen) an Kreis oder Land erhöht. Unsere Gemeinde wird - wie viele andere auch - immer mehr zum Erfüllungsgehilfen von Land, Kreis und Verbänden, die für Ihre Maßnahmen unsere finanzielle Kraft abschöpfen.

Die kommunalfeindliche Finanzpolitik belastet Städte und Gemeinden so sehr, dass eine kommunale Selbstverwaltung kaum mehr möglich ist. Diese steht uns aber gemäß Grundgesetz Art. 28 zu: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Ergänzt wird dies durch den Hinweis: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung ...“.

Wir werden für die nächsten Jahre Sparmaßnahmen und Abgabenerhöhungen (s. Grundsteuer) beschließen müssen, allein um gegenüber der Kommunalaufsicht zu demonstrieren, dass wir etwas tun. Das Defizit im Morsbacher Haushalt wird dadurch aber nur geringfügig geschmälert werden können.

Der folgende Resolutionsantrag soll auf die Lösung der geschilderten Problematik hinwirken:

Resolutionsantrag:

Um gemeinsam auf die desolate Situation der kommunalen Finanzen gegenüber Land und Kreis hinzuweisen, soll seitens der Morsbacher Verwaltung schnellstmöglich mit unseren Nachbarkommunen ein Schulterschluss gesucht werden.

Es sollen gemeinsam konstruktive Vorschläge gemacht werden um das im Grundgesetz verankerte Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung und finanzielle Eigenverantwortung für die Zukunft zu sichern.

Die BFM sieht hier vor allem zwei Problemfelder mit Verbesserungspotential:

1. Die Abhängigkeit der Kommunen von der stark schwankenden Gewerbesteuer ist ein Problem für die Finanzplanung. Hier sollte überlegt werden, z.B. den Anteil der Kommunen an der stabileren Einkommenssteuer zu erhöhen und die Gewerbesteuerbeteiligung im Gegenzug zu senken. Auch eine direkte Beteiligung der Kommunen an den Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes wäre möglich.
2. Es ist unbefriedigend, wenn die Kommunen im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten zum Sparen aufgerufen werden und gleichzeitig der Kreis einfach seine Zahlungsforderungen an die Kommunen (Umlage) erhöht um seinen Haushalt auszugleichen. Hier sollten auch auf Kreisebene Sparmassnahmen durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Solbach
- Fraktionsvorsitzender -